

›Washington‹ vs. ›New York‹

»Can't work with the United States, can't work without it«: Mit den Vereinigten Staaten klappt die Sache nicht – und ohne sie schon gar nicht. Dies ist die von tiefer Resignation gekennzeichnete Schlußfolgerung vieler Kenner der Beziehungen von USA und UN. Es besteht eben ein besonderes Verhältnis zwischen der Weltorganisation und ihrem Gastland, im guten wie im bösen. Immerhin war seinerzeit der Begriff ›United Nations‹ in Anlehnung an ›United States‹ von einem amerikanischen Präsidenten geprägt worden, und ihm zu Ehren wurde 1945 die neue internationale Organisation so genannt (die in der Schweiz gebräuchliche Übersetzung ›Vereinigte Nationen‹ macht diesen Zusammenhang eher augenfällig als die sonst übliche Bezeichnung).

Vorangestellt war das Zitat dem Aufsatz von Volker Rittberger, Claudia Dedeker und Gabriele Kittel, die sich vor gut zwei Jahren mit der Politik ›Washingtons‹ gegenüber ›New York‹ beschäftigten (Langsame Wiederannäherung. Das Verhältnis zwischen USA und UN unter den Präsidenten Reagan, Bush und Clinton. VN 2/1994 S. 45ff.). Schon wenige Monate später machte der Annäherungsprozeß einer neuen Entfremdung Platz, und zwar nach dem Sieg der ›Grand Old Party‹ in den Kongreßwahlen vom Herbst 1994. In dem neuerlichen Einstellungswandel drücken sich freilich nicht einfach parteipolitische Orientierungen aus – dem Multilateralismus gewogene Demokraten unterliegen teils hegemonistisch, teils isolationistisch gesonnenen Republikanern –, sondern Grundströmungen, die längst das Lager des demokratischen Präsidenten erfaßt haben. Auch in diesem November stehen in den USA wieder Wahlen an. Das gesamte Repräsentantenhaus (dessen Legislaturperiode zwei Jahre beträgt) und ein Drittel des Senats wird neu bestellt; vor allem aber geht es um die Wahl des Präsidenten. Vor dem Wahltag droht freilich schon ein unbeteiligter Dritter ein Opfer des Wahlkampfes zu werden: UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali, gegen dessen Wiederwahl sich die Regierung Clinton ausgesprochen hat. Ihm wie den Vereinten Nationen insgesamt werden Probleme angelastet, die nicht zuletzt die USA zu verantworten haben; der größte Beitragszahler ist zugleich auch der größte Schuldner.

Vereinte Nationen ohne die Vereinigten Staaten sind (noch) schwer vorstellbar, und in den USA selbst ist der Chor jener, die ganz unverbblümt die UN zum Teufel wünschen, lautstark, aber eben auf die Begleitmusik beschränkt. Doch auch die Dirigenten teilen die Sichtweisen, die die gegenwärtige amerikanische Gesellschaft bestimmen. Die Grundhaltungen, die in der amerikanischen Öffentlichkeit und Politik die Haltung gegenüber den Vereinten Nationen prägen, sowie die Besonderheiten des politischen Systems analysiert in diesem Heft Ian Williams. Wie Freunde der Vereinten Nationen und Befürworter einer umfassenden UN-Reform diese spezifischen Einstellungen bei ihrer Überzeugungsarbeit in Rechnung stellen, zeigt Carel Mohn auf. Konrad Melchers geht unter anderem der Frage nach, wie sich die (hier allerdings in weitgehendem Einklang mit den anderen westlichen Industriestaaten stehende) Haltung der USA bei einem Spezialorgan der Vereinten Nationen ausgewirkt hat.

Szenen einer Ehe

Die unamerikanischen UN

IAN WILLIAMS

Von allen Nationen sind die Vereinigten Staaten diejenige, die bei der Schaffung und Gestaltung der Vereinten Nationen die bedeutendste Rolle gespielt hat. Die Beziehung zwischen USA und UN ist so eng, daß man die beiden ohne weiteres als miteinander verheiratet ansehen kann. Für die letzten zehn Jahre könnte man die USA jedoch leicht der Ehegattenmißhandlung bezichtigen.

Die UN bringen die besten und die schlechtesten Seiten der Vereinigten Staaten ans Licht. Während der ersten drei Jahrzehnte waren die USA ein peinlichst genauer Beitragszahler der UN und beschämten mit ihrer Korrektheit die Sowjetunion mit ihren Zahlungsrückständen. In der Tat bestritt Washington anfangs nicht nur annähernd die Hälfte des Jahreshaushalts, sondern stellte auch ein zinsloses Darlehen in Höhe von 80 Mill Dollar für den Bau des Amtssitzes in New York zur Verfügung. Bis zur endgültigen Tilgung dieses Darlehens zur Zeit Ronald Reagans war allerdings ein Gesinnungswandel eingetreten. Die USA begannen, sich von ihrer schlechteren Seite zu zeigen, und der Kongreß war zu einer chauvinistischen Haltung zurückgekehrt, die sehr an jene erinnert, die Woodrow Wilson entgegenschlug, als er ihm 1919 aus Versailles die Völkerbundsatzung mit nach Hause brachte.

In unseren Tagen schulden die USA den UN etwa 1,5 Mrd Dollar und haben praktisch beschlossen, daß sich ein launischer Kongreß in Haushaltsfragen über internationale Verträge wie die UN-Charta, die andere Länder wenigstens als verbindlich anzuerkennen vorgeben, hinwegsetzen kann. In gewisser Weise ist das jetzige Gebaren die

Normalität, während die Flitterwochen der 1945 geschlossenen Ehe die Abweichung darstellten. Es bedurfte der vier Jahre Weltkrieg, um den Kongreß für die Welt außerhalb der USA zu sensibilisieren. In der viktorianischen Ära soll die Londoner ›Times‹ einmal mit der Schlagzeile »Nebel über dem Ärmelkanal – Kontinent abgeschnitten« erschienen sein. Washington hat die imperiale Arroganz Londons geerbt – und seine Ignoranz hinzugefügt.

DIE UNSCHÄRFERELATION IN DER AMERIKANISCHEN POLITIK

Angesichts der Tatsache, daß die meisten Länder eine Außenpolitik aus einem Guß betreiben, haben Außenstehende größte Schwierigkeiten, die Beziehung zwischen den USA und den UN zu verstehen. Wenn ein Außenminister einen Vertrag unterzeichnet oder eine politische Willenserklärung abgibt, ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, daß dies tatsächlich dem politischen Kurs seines Landes entspricht. Im Falle der Vereinigten Staaten ist dies nicht notwendigerweise so. Die USA können gleichzeitig klug und einfältig, selbstlos und egoistisch sein, je nachdem mit welchem Bestandteil ihrer komplexen Struktur man es gerade zu tun hat. Der ehemalige britische Premierminister Clement Attlee rief einen Sturm der Entrüstung in den USA hervor, als er vor vier Jahrzehnten festhielt:

»In Amerika ist die Macht zwischen der Regierung und dem Kongreß aufgeteilt.